

Niall Ferguson:

Politik ohne Macht.

Das fatale Vertrauen in die Wirtschaft

Deutsche Verlags-Anstalt, 49,80 Mark

Rezension von PATRICK HORST

Niall Ferguson hat sich auf die großen Revisionen spezialisiert. Nachdem er in seinem letzten Buch über den "falschen Krieg" Deutschland von der Alleinverantwortung für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges freigesprochen und dem Versagen der britischen Diplomatie eine beträchtliche Mitschuld an dieser Jahrhundertkatastrophe zugeschrieben hat, greift er nun eine weitere Glaubensgewissheit der Wissenschaft an - und zwar "das fatale Vertrauen in die Wirtschaft", wie es im Untertitel seines neuen Buches heißt. Dass die Ökonomie die Politik beherrsche oder gar der Kapitalismus als Voraussetzung der Demokratie gilt, wie in der Globalisierungsdebatte immer wieder zu vernehmen ist, stellt die Wirklichkeit für Ferguson nahezu auf den Kopf. Gegen einen solchen blinden ökonomischen Determinismus, der alles Heil von der Wirtschaft erwartet, möchte Ferguson der Politik wieder ihren alten Vorrang einräumen. Politik hat mit mehr als nur mit Wirtschaft zu tun, wird auch von ganz anderen Motiven angetrieben als nur dem Streben nach dem ökonomischen Vorteil.

Ein sympathischer Ansatz, zweifelsohne. Und auch einer, für den die historischen Tatsachen sprechen. Am Anfang war nämlich nicht das Geld, sondern der Krieg. Heraklit hatte sicher nicht unrecht, als er ihn als den "Vater aller Dinge" bezeichnete. Der moderne Wohlfahrts-, Steuer- und Verwaltungsstaat ist historisch gesehen ein Kind des Krieges. Es waren vor allem die hohen Kosten der stehenden Heere und der Schlachten, die zur Ausgabenexplosion und Schuldenaufnahme, zur Einführung immer neuer Steuern und zum Aufbau der Verwaltung geführt haben. Ökonomische Motive spielten und spielen bei Entscheidungen über die Staatsausgaben oder die Besteuerung oftmals nur eine nachgeordnete Rolle; das Streben nach Macht und Ruhm, die Befriedigung persönlicher Eitelkeiten, die Durchsetzung politischer oder moralischer Überzeugungen treibt das Handeln der Politiker nicht weniger an als der ökonomische Vorteil. Politiker - und nichts anderes gilt für Wähler - handeln keineswegs nur rational, sondern genauso oft irrational.

Ein unumstößlicher Glaubenssatz der ökonomischen Theorie der Politik lautet, dass Regierungen die Wiederwahl solange sicher sei, wie die Wirtschaftslage gut ist. Politiker glauben an diesen Leitsatz wie an das Amen in der Kirche. Ferguson belegt dies anhand von zahllosen Politikeräußerungen, die bis zu denen von Großbritanniens Premierminister Benjamin Disraeli in den 1870er Jahren zu-

rückreichen. Der Wahlerfolg einer Regierung lässt sich aber keineswegs so eindeutig auf eine gute Wirtschaftslage zurückführen, wie Politiker dies gern glauben. Viele Regierungen werden gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs abgewählt - in Großbritannien zuletzt 1997 die Regierung Major, die trotz exzellenter konjunktureller Daten von Tony Blairs New Labour hinweggespült wurde. Auch Helmut Kohls Wahlniederlage 1998 lässt sich mit wirtschaftlichen Gründen kaum erklären.

Ferguson macht noch einem weiteren, von der ökonomischen Betrachtung der Politik mächtig beförderten Vorurteil den Garaus - dem Vorurteil, dass die Politik viel zu teuer sei, dass Abgeordnete und Parteien korrupter denn je seien. Als Historiker fällt es ihm leicht zu zeigen, dass die Korruption in früheren Zeiten weit krassere Ausmaße annahm als heutzutage. Welcher Staatsmann könnte es sich noch leisten - wie William Gladstone in den 1870er Jahren -, sich mit ägyptischen Staatsanleihen einzudecken, um dann den Preis dieser Anleihen mittels einer militärischen Besetzung des Landes in ungeahnte Höhen zu treiben? Gladstones Profit damals dürfte laut Ferguson bei einem heutigen Gegenwert von 7,5 Millionen Pfund gelegen haben. Auch den Wahlkampf ließen sich die Politiker im 19. Jahrhundert weitaus mehr kosten als heute. Nach Fergusons Berechnungen gab ein britischer Parlamentskandidat 1880 mehr als 20 Pfund pro Wählerstimme aus, während er 1997 nicht mehr als 42 Pence aufbrachte. Ferguson argumentiert überzeugend, dass die Parteien und Abgeordneten heute aufgrund des generellen Korruptionsverdachts stark unterfinanziert sind. Er möchte private Spenden, die selbstverständlich offengelegt werden müssen, wieder stärker legalisiert sehen - nicht zuletzt um die Parteien vom Tropf des Staates zu nehmen. Auch sollten die Minister und Abgeordneten ihrer Verantwortung entsprechend besser bezahlt werden. Ferguson spricht hier wie insgesamt in seinem Buch mitnichten nur für England, sondern für alle westlichen Demokratien.

Fergusons meinungsstarkem Plädoyer für die Politik und für ein stärkeres Selbstbewusstsein der Politiker kann im allgemeinen nur beigeplichtet, einzelnen seiner Vorstellungen muss allerdings entschieden widersprochen werden. Dies gilt besonders für seine Forderung, dass die USA ihre Rolle als Weltpolizist gegenüber den "Schurkenstaaten" beherzter wahrnehmen sollten als bisher. Seine Kritik an der, wie er sich ausdrückt, "mangelnden Charakterstärke" der USA kommt denn doch etwas martialisch daher.

[ca. 5'00 min.]